

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag  
Zollernstraße 16  
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305  
FAX: 0241 5198 2398

E-Mail: [dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de](mailto:dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de)  
[www.dielinke-staedteregionstag.de](http://www.dielinke-staedteregionstag.de)

Büro: Zimmer E 188

## **Klage gegen TTIP beim EU-Gerichtshof eingereicht - Ausverkauf kommunaler Selbstbestimmung für DIE LINKE nicht hinnehmbar**

Aachen, den 13. November 2014

Das TTIP-Abkommen zwischen EU und USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership) soll 2015 unterschriftsreif sein. Obwohl fast alle Lebensbereiche davon betroffen sind, können Politik und Öffentlichkeit nicht mitentscheiden. Verhandelt wird geheim von etwa 600 Wirtschaftslobbyisten und Technokraten der EU-Kommission.

Gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag erhalten darüber nur vertraulich Informationen, die sie nicht weitergeben dürfen. „Wer geheim mauschelt und das Licht der Öffentlichkeit scheut, verdient kein Vertrauen“ so Harald Siepmann, DIE LINKE im Städteregionstag.

Statt über den Antrag von der Fraktion DIE LINKE, für eine Aufklärung der Abgeordneten im Städteregionstag zu TTIP abzustimmen, sollte laut Verwaltungsvorlage beschlossen werden, eine Behandlung des Themas sei nicht nötig. Zwecks Begrenzung eines möglichen Imageschadens für das Kommunalparlament nahm DIE LINKE das Thema von der Tagesordnung. Stattdessen sollen klärende Gespräche bei den einzelnen Fraktionen weiterhelfen.

Ziel von TTIP ist Freiheit für Kapital und Waren europäischer und US-amerikanischer Konzerne: Im Klartext: einige Gewinner, viele Verlierer wie kleine und mittlere Unternehmen der Region, ihre Beschäftigten, letztlich alle EinwohnerInnen in den Kommunen.

Mit dem Freihandelsabkommen wäre es Konzernen aus den USA künftig möglich, Einfluss auf die Wasserver- und -entsorgung, Energieversorgung, Abfallbeseitigung, öffentlichen Nahverkehr, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Schulbau, Volkshoch- und Musikschulen, Kultur (Theater, Museen, Bibliotheken), Kindergärten, Flächennutzungspläne, Baugenehmigungen, Sparkassen, Sportstätten, Bäder, gemeinnützigen Wohnungsbau, Mieter-schutz und Dienstleistungen in der Städteregion zu nehmen. Bei Nichterfüllung ihrer Forderungen können sie mit nichtstaatlichen Sondergerichten Schadensersatz bis zu zweistelliger Millionenhöhe an Steuergeldern zu fordern. Damit eröffnet sich ein Riesengeschäft für Rechtsanwälte.

Mühsam erkämpfte Rechte, Standards und Schutzmechanismen wie im Arbeits- oder Umweltbereich würden unterlaufen werden. „Über die Qualität der dann verfügbaren Waren gibt es keine Aussage. Über die Folgen für die Menschen sprechen sie nicht“ stellt Marika Jungblut fest.

„Dieser vertraglich abgesicherten Selbstentmachtung der Politik werden wir nicht tatenlos zusehen“ erklärt Helga Ebel als Mitunterzeichnerin der Klageschrift heute bei einem fraktionsübergreifenden Gespräch bei der SPD-Fraktion der Städteregion.